

„Kita- und Schulschließungen vermeiden“

geschrieben von Redakteur | Dezember 11, 2020



Deutsches Kinderhilfswerk befürchtet schlimme Folgen für Bildung und Familien:

Das Deutsche Kinderhilfswerk (DKHW) warnt im Vorfeld der geplanten Bund-Länder-Beratungen von Bundeskanzlerin Angela Merkel und den MinisterpräsidentInnen vor flächendeckenden Schließungen von Schulen und Kitas. Mit einer Aussetzung der Schulpflicht oder einer Verlängerung der Schulferien werde ebenso wie mit Kita-Schließungen das Recht auf Bildung ausgehebelt. Bei der Frage der Offenhaltung von Schulen und Kitas müssten neben dem Gesundheitsschutz auch soziale und kindheitspädagogische Aspekte berücksichtigt werden.

Situation abwägen

Anstatt Bildungseinrichtungen komplett zu schließen, sollten Schulen und Kitas in Absprache mit den Gesundheitsämtern die Situation vor Ort abwägen, um im Ergebnis die effektivste Maßnahme zur Verwirklichung des Rechts auf Bildung und Entwicklung einerseits sowie zur Bekämpfung der Corona-Pandemie andererseits ergreifen zu können. Der Bund ist

gefordert, die Länder sowie Schul- und Kitaträger bei der Offenhaltung der Schulen und Kitas auch finanziell zu unterstützen. „Mit den Geldern könnten beispielsweise alternative Räumlichkeiten für den Schulunterricht und Kitabetrieb angemietet werden, um eine Entzerrung der räumlichen Enge in vielen Schulen und Kitas zu ermöglichen. Und auch die Anschaffung von Luftfilteranlagen kann ein wichtiger Baustein für die Offenhaltung der Bildungseinrichtungen sein. Das darf nicht an den Kosten scheitern. Sofern Präsenzunterricht gar nicht realisiert werden kann, sollte digital beschult werden, statt das Recht auf Bildung komplett auszuhebeln. Die Aufhebung der Schulpflicht und damit das Einstellen aller Bemühungen auf Bildung käme einer Aufgabe gleich und wäre ein fatales Signal“, sagt Holger Hofmann, Bundesgeschäftsführer des Deutschen Kinderhilfswerkes.

Erhöhte Konflikt- und Stresssituationen vermeiden

„Wenn jetzt in einem Hau-Ruck-Verfahren Schulen, Kitas und Horte flächendeckend geschlossen werden, ist für uns als Kinderrechtsorganisation eine ‚rote Linie‘ überschritten. Wir haben bereits im Frühjahr beobachten können, dass gerade Kinder mit besonderen Förderbedarfen oder Kinder aus armen Verhältnissen zu den großen Verlierern und Verliererinnen der Schul- und Kitaschließungen geworden sind. Auch deshalb muss aus bildungspolitischer und kinderrechtlicher Sicht eine erneute flächendeckende Schließung mit aller Kraft verhindert werden. Zudem ist davon auszugehen, dass aufgrund der erhöhten Konflikt- und Stresssituationen, die komplette Schul- und Kitaschließungen in vielen Familien auslösen, die Gewalt gegen Kinder zunehmen wird. Hier sind Erzieherinnen und Erzieher, Lehrkräfte sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kinder- und Jugendhilfe für den Kinderschutz unerlässlich“, so Hofmann weiter.

Eine vor kurzem vom Deutschen Kinderhilfswerk veröffentlichte repräsentative Umfrage hatte ergeben, dass 72 Prozent der Befragten der Ansicht sind, dass die Interessen von Kindern in der Corona-Pandemie nur unzureichend berücksichtigt wurden und werden. In Bezug auf die Bildungschancen von Kindern waren 76 Prozent der Ansicht, dass diese aufgrund der Corona-Krise im Allgemeinen gesunken sind, in Bezug auf die Bildungschancen von Kindern aus armen Haushalten meinten das sogar 81 Prozent. Eindeutig waren auch die Aussagen zum Thema Gewalt gegen Kinder: 79 Prozent waren überzeugt, dass im Rahmen der Corona-Pandemie Gewalt gegen Kinder gestiegen ist.

Quelle: Pressemitteilung DKHW